

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Ausschuss für regionale Entwicklung*

**2008/2224(INI)**

13.2.2009

## **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für regionale Entwicklung

für den Ausschuss für Kultur und Bildung

zum aktiven Dialog mit den Bürgern über Europa  
(2008/2224(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Emmanouil Angelakas

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für regionale Entwicklung ersucht den federführenden Ausschuss für Kultur und Bildung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. hält die Regionen für die am besten geeigneten Zentren für die Förderung der europäischen Idee und die lokalen und regionalen Behörden für die am besten geeigneten Träger zur Entfaltung des Dialogs mit den Bürgern, da sie den Alltag der Bürger direkt verfolgen; zeigt sich deshalb zufrieden darüber, dass die EU Maßnahmen zur Dezentralisierung ihrer Öffentlichkeitsarbeit ergriffen hat;
2. hofft, dass die lokalen Behörden ihren Informationsverpflichtungen in Bezug auf von der Europäischen Union bezogene Mittel besser nachkommen; betont zudem, dass die Entschlossenheit der Volksvertreter auf lokaler und regionaler Ebene von wesentlicher Bedeutung ist, um Informationen und Schulungen zu entwickeln; begrüßt in dieser Hinsicht die Auflegung eines Erasmusprogramms für Volksvertreter auf lokaler und regionaler Ebene;
3. betont, dass die Kohäsionspolitik der EU eine Basis der europäischen Integration und der gesellschaftlichen Solidarität darstellt; ist deshalb der Auffassung, dass die Projekte und die konkreten Folgen dieses gemeinschaftlichen Politikbereichs für den Alltag den Bürgern nähergebracht werden müssen und dass der Beitrag der EU und die Nutzeffekte des gemeinsamen europäischen Projekts dabei herauszustellen sind;
4. betont, dass in besonderem Maße die Einbeziehung der Partner in die Vorbereitung und Umsetzung der operationellen Programme gemäß Artikel 11 der allgemeinen Verordnung über die Strukturfonds 2007–2013 dazu beiträgt, die Kohäsionspolitik der EU bekanntzumachen und den Bürgern näherzubringen; betont, dass diese Partner die einzigartige Möglichkeit haben, die den Bürgern wirklich wichtigen Themen aus erster Hand zu erleben; fordert die Kommission deshalb auf, dafür zu sorgen, dass das Partnerschaftsprinzip auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene korrekt angewandt wird; betont, wie wichtig es ist, dass die nationalen und regionalen Behörden die existierenden Finanzierungsmöglichkeiten des ESF nutzen, um die Fähigkeiten dieser Partner, insbesondere im Bereich Ausbildung, zu verbessern;
5. unterstützt die Bemühungen des Ausschusses der Regionen zur Stärkung der regionalen Konsultationen und zur Einbeziehung der regionalen Netze sowie der lokalen und regionalen politischen Führungskräfte in diese Beratungen, damit eine bürgernahe Debatte gefördert wird, die den Meinungen und Interessen der Bürger Rechnung trägt;
6. schlägt die Schaffung eines dauerhaften interaktiven Kommunikationssystems zwischen den EU-Organen und den Bürgern mit häufigen Kampagnen der EU auf lokaler und regionaler Ebene vor, das von den regionalen Medien unterstützt wird und an dem die Bürgergesellschaft, nichtstaatliche Organisationen, Industrie- bzw. Handelskammern, Gewerkschaften und Berufsvereinigungen aktiv mitwirken;
7. weist mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament darauf hin, dass die Bürger und insbesondere junge Menschen und Erstwähler lokal und regional

informiert werden müssen; betont generell, wie wichtig die Einbeziehung der Europaabgeordneten in Zusammenarbeit mit den Volksvertretern auf lokaler und regionaler Ebene in die Konsultation mit den Bürgern ihrer Regionen ist, da die Mitglieder des EP die Stimme der Bürger in der EU darstellen;

8. betont die Bedeutung und den Wert des Konsultationsprozesses als wesentliches Mittel, um den Bürgern Einfluss zu verleihen, indem ihnen die Möglichkeit geboten wird, sich direkt an politischen Prozessen auf EU-Ebene zu beteiligen; fordert die Kommission auf, weitere Schritte zu unternehmen, um über die Medien und andere angemessene Foren auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene rechtzeitig Informationen über die EU-Konsultationen zu verbreiten;
9. fordert, dass die Mitglieder des EP über den Wahlkampf der politischen Parteien hinaus eng in die institutionelle Kampagne der Union vor Ort eingebunden werden;
10. betont die besondere Bedeutung der Schaffung kohärenter und inhaltlich gezielter Kommunikationskanäle sowohl zwischen EU und Regionen mit besonderen Merkmalen als auch zwischen EU und besonderen gesellschaftlichen Gruppen;
11. stellt fest, dass ein Europäisches Jahr der Freiwilligenarbeit den EU-Organen eine ideale Gelegenheit bietet, mit den Bürgern in Kontakt zu treten; weist darauf hin, dass es in der EU mehr als 100 Millionen Freiwillige gibt; fordert die Kommission auf, darauf hinzuarbeiten, dass 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligenarbeit erklärt wird, indem sie so bald wie möglich einen geeigneten Legislativvorschlag zu diesem Thema vorlegt;
12. weist auf die besondere Rolle der Strukturfonds bei der Pflege der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit über Gemeinschaftsprojekte und -programme hin; betont, dass dadurch die Entstehung einer aktiven Bürgerbeteiligung und einer partizipativen Demokratie in den Grenzregionen vorangebracht wurde; fordert die Kommission auf, derartige Projekte und Programme weiterhin zu fördern und mit ihnen zusammenzuarbeiten;
13. begrüßt die Idee der Schaffung einer „European Open University“, sofern diese eng mit den Regionen der Mitgliedstaaten verknüpft ist, die der Schulung, der Information, der Kommunikation, der Interaktion sowie der überregionalen Vernetzung aller interessierten Bürger und insbesondere junger Menschen dient,
14. hebt hervor, dass die interfraktionellen Arbeitsgruppen des Europäischen Parlaments als Mittler der Bürger dienen und als wirkliches Verbindungsglied zwischen der politischen Welt und der Bürgergesellschaft auftreten.

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	12.2.2009
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+:           40 -:            0 0:            4
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Emmanouil Angelakas, Stavros Arnaoutakis, Elspeth Attwooll, Rolf Berend, Victor Boștinaru, Wolfgang Bulfon, Giorgio Carollo, Bairbre de Brún, Gerardo Galeote, Iratxe García Pérez, Monica Giuntini, Ambroise Guellec, Pedro Guerreiro, Gábor Harangozó, Mieczysław Edmund Janowski, Gisela Kallenbach, Evgeni Kirilov, Miloš Koterec, Constanze Angela Krehl, Florencio Luque Aguilar, Jamila Madeira, Iosif Matula, Miroslav Mikolášik, Jan Olbrycht, Maria Petre, Markus Pieper, Giovanni Robusti, Wojciech Roszkowski, Bernard Soulage, Catherine Stihler, Margie Sudre, Lambert van Nistelrooij, Oldřich Vlasák
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Emanuel Jardim Fernandes, Stanisław Jałowiecki, Zita Pleštinská, Samuli Pohjamo, Christa Prets, Flaviu Călin Rus, Richard Seeber, László Surján, Iuliu Winkler
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)</b>	Sepp Kusstatscher, Toine Manders